

Neue Details zum Vorfall in Trier-West

Das Innenministerium hat am Mittwoch in Mainz neue Details zum Angriff auf die Polizisten in Trier-West bekanntgegeben – zu Staatsbürgerschaft, Alter und Anzahl der Tatverdächtigen. Diskussionen löst derzeit aus, dass nur eine Bodycam den Einsatz aufgezeichnet hat.

VON SEBASTIAN STEIN

MAINZ Der Angriff auf Polizisten in Trier-West in der Nacht zum vergangenen Freitag (der TV berichtete mehrfach) schlägt noch immer hohe Wellen. Am Mittwochnachmittag hat sich der Innenausschuss des Mainzer Landtags in einer Sondersitzung dem Thema gewidmet. Innenminister Michael Ebling (SPD) sowie der Inspekteur der rheinland-pfälzischen Polizei und ehemalige Trierer Polizeipräsident, Friedel Durben, haben über die neuesten Erkenntnisse informiert.

Wer sind die Tatverdächtigen? Bislang hat die Polizei zehn männliche und eine weibliche Tatverdächtige ermittelt. Ihnen wird unter anderem schwerer Landfriedensbruch und Körperverletzung vorgeworfen. Außer dem bislang schon bekannten 42-jährigen Verdächtigen sind die weiteren Personen alle zwischen 16 und 20 Jahre alt. Laut Durben besitzen alle die deutsche Staatsbürgerschaft.



Nach dem Angriff auf Polizisten in Trier liegen vorerst nur Aufnahmen von einer einzigen Bodycam vor.

SYMBOLFOTO: DPA

Welche Beweise liegen der Polizei vor? Die Polizei hat kurz nach der Tat ein Hinweistelefon sowie ein Hinweistablet eingerichtet, wo Tuschende Videos und Fotos eingingen. Auf eigenes Videomaterial kann die Polizei bei ihren Ermittlungen aber nur bedingt zugreifen. Wie der Innenminister am Mittwoch im Innenausschuss erklärte, war beim Einsatz der Polizisten nur eine Bodycam vorhanden, die den Einsatz aufgezeichnet hat. Daraus gebe es „drei Aufnahmen“. Zur Qualität konnte das Ministerium keine Angaben machen.

Im Ministerium und bei der Polizei scheint auch noch nicht endgültig geklärt zu sein, ob womöglich doch weitere Kameras im Einsatz waren. Die Opposition aus CDU, AfD und

Freien Wählern kritisierte in der Sitzung jedenfalls, dass nicht grundsätzlich alle Polizisten mit entsprechenden Kameras an der Uniform ausgestattet sind. „Die Bodycam ist nicht der Schlüssel zu diesem Einsatz“, sagte hingegen der Innenminister. Der Schlüssel sei vielmehr, dass es mehr Übergriffe gegen Beamte gebe. „Diese Tat stellt das bisher Dagewesene in den Schatten“, so der Innenminister.

Wie kam es überhaupt zu dem Einsatz? Anders als bislang bekannt war, soll es laut Durben im Secret Club in Trier-West zu mehreren Körperverletzungendelikten innerhalb der Räume gekommen sein. Dies habe zu einer „tumultartigen Lage“ in der Diskothek geführt. Der Polizei seien

diese Umstände aber erst im Nachhinein bekannt geworden. Ein Streifenwagen mit zwei Polizisten war zu einem Einsatz in Trier-West gerufen worden, weil es nur eine Körperverletzung gegeben haben soll. Die Polizei habe laut Durben deshalb nicht von einer eskalierenden Lage ausgehen können. Auf dem Parkplatz vor dem Club, in dem regelmäßig 1000 Leute feierten und dessen Inhaber sechs bis zehn Securitys einsetze, sammelten sich mehrere Gäste.

Wie kam es dann zu dem Angriff? Die Gruppe auf dem Parkplatz sei zunehmend größer und aggressiver geworden, sagte Durben. Die Rede ist weiterhin von etwa 40 Menschen. Die Polizei hatte sich zwischenzeitlich mit einer mobilen Eingreiftrup-

pe, bestehend aus fünf Beamten, verstärkt. Diese Absicherung sei vom zwei Männern durchbrochen worden – von Michael E., der sich am Dienstag erstmals öffentlich gegenüber unserer Zeitung zum Vorfall erklärte, sowie von dessen Bekanntem. „Der Hauptaggressor konnte in Gewahrsam genommen werden“, sagte Durben. Infolgedessen hätten sich allerdings weitere Personen aus der Gruppe solidarisiert.

Wie wurde die Polizei angegriffen? Aus der Gruppe flogen laut Polizei Gegenstände in Richtung der Beamten, darunter Besen, Schaufeln, eine Holzpalette, ein Einkaufswagen und vor allem Flaschen aus einem in der Nähe stehenden Container. „Alle anderen Gegenstände müssen wir jetzt

erst noch ermitteln – auch, wer was gegriffen und geworfen hat“, sagte Durben. Von den zunächst erwähnten Eisenstangen, die die Angreifer benutzt haben sollen, ist mittlerweile keine Rede mehr. Wegen der tumultartigen Lage hat die Polizei sechs weitere Polizisten einer Eingreifgruppe geschickt.

In dieser Situation habe eine Führungsperson zwei Schüsse in die Luft abgegeben, sagte Durben. Dies habe einen entsprechenden Effekt nach sich gezogen und die Lage unter Kontrolle gebracht. Bei den Polizisten handele es sich um „erfahrene Einsatzkräfte“ zwischen 25 und 42 Jahren. Die Schüsse seien nötig gewesen, weil sich die Polizisten in einer lebensbedrohlichen Situation befunden hätten.

Welche Verletzungen haben die Polizisten? Nach Angaben des Innenministeriums hat ein Beamter einen Schlag ins Gesicht abbekommen, ein weiterer eine Schulterverletzung erlitten, und ein dritter sei durch Glassplitter unter dem Auge verletzt worden. Zwei weitere Polizisten sind durch Pfefferspray verletzt worden. Alle haben noch in der Nacht das Krankenhaus wieder verlassen können.

Wie viele Hasskommentare gab es im Netz? Die Lage im Internet sei bislang ruhiger als nach den Polizistenmorden von Kusel oder der Ermordung eines Tankstellenmitarbeiters in Idar-Oberstein, sagte Durben. Sechs strafrechtlich relevante Kommentare habe die Polizei bislang identifiziert. „Das ist nach so einem Ereignis äußerst gering.“

Was der Krieg in der Wirtschaft bewegt hat

Bei der Energieversorgung, in der Arbeitswelt, bei Entscheidungen über Investitionen: Der Krieg in der Ukraine hat in der deutschen Wirtschaft alte Glaubenssätze gekippt und neue Türen aufgestoßen.

VON DAVID HUTZLER

STUTTGART/BERLIN (dpa) Ob beim Blick auf die Gasrechnung oder auf das Preisschild im Supermarktregal: Die Inflation ist für viele Menschen in Deutschland wohl der am stärksten spürbare Effekt des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Auch ein Jahr nach Kriegsbeginn liegen die Preise weit über dem Niveau der letzten Jahre. Der erhoffte Wirtschaftsaufschwung nach Corona blieb zudem aus. Und auch dass die Bundesregierung für 2023 leichtes Wachstum prognostiziert, dürfte sich aus Sicht von Fachleuten kaum positiv im Geldbeutel der Menschen niederschlagen.

„Wir dürfen nicht den Fehler begehen, Wirtschaftswachstum mit Wohlstand zu verwechseln“, mahnt etwa der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher. Während Konzerne Rekordgewinne eingefahren hätten, hätten insbesondere untere Einkommensgruppen das Nachsehen. Doch auch wenn Russlands Überfall auf die Ukraine große Sorgen in Deutschland ausgelöst hat – einige Entwicklungen machen sogar Hoffnung. Und vor allem: Plötzlich sind alte Glaubenssätze passé und es öffnen sich neue Türen. Ob diese aber auch wirklich alle durchschritten werden, steht auf einem anderen Blatt.

Jahrelang hing die deutsche Industrie am billigen russischen Erdgas. Das Ende ist inzwischen hinlänglich bekannt. Dass dieses aber nicht abrupt und mit verheerenden Folgen für die Wirtschaft kam, zählen Fachleute zu den wichtigsten Erfolgen des vergangenen Jahres. „Das ist wirklich bemerkenswert und es hätte wohl niemand gedacht, dass die Gasspeicher bis zu hundert Prozent gefüllt werden können“, sagt Fratzscher. Damit seien Unsicherheiten reduziert worden und die Energiekosten seien schneller wieder gesunken als gedacht.

Mit dem Tempo, in dem Deutschland sich von russischem Gas unabhängig gemacht hat, habe sie nicht gerechnet, sagt auch die Leiterin des Ifo-Zentrums für Energie, Klima und

Ressourcen, Karen Pittel. Sie deswegen zurückzulehnen sei aber nicht angebracht. Auch der kommende Winter bleibe eine Herausforderung für die Energiesicherheit. Und auch die Gaspreise dürften ihrer Einschätzung nach hoch bleiben. „Langfristig ist es unwahrscheinlich, dass wir auf das alte Niveau der Gaspreise kommen.“ Immerhin: Die Betreiber der Gasspeicher rechnen für den Herbst wieder mit vollen Speichern.

Dazu soll auch das Flüssiggas (LNG) beitragen, das seit Dezember in Norddeutschland anlanden kann. Nicht einmal zehn Monate dauerten Planung und Aufbau des ersten Terminals, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sprach von einem neuen „Deutschland-Tempo“. Und das erscheint angesichts der schleppend verlaufenden Energiewende dringend nötig. Kommt nun also auch der Erneuerbaren-Turbo? Ende Januar einigte sich das Kabinett immerhin auf einen vereinfachten Ausbau der Windkraft – viele Umweltverträglichkeitsprüfungen etwa sollen künftig wegfallen.

Expertinnen wie Pittel mahnen dennoch zur Vorsicht: „Damit erkaufte man sich ein Ziel auf Kosten von anderen Zielen.“ Der schnelle Aufbau der LNG-Terminals sei kurzfristig richtig gewesen, auch wenn dadurch mehr Kohlendioxid (CO₂) emittiert werde, als anderweitig möglich gewesen wäre. Auch, dass Firmen teils von Gas auf Öl umstiegen, habe dem Klimaschutz nicht geholfen. Aber: „Ich denke, dass die Krise langfristig die Chance zur Erreichung der Klimaziele erhöht.“ Zum Klimaschutzmotiv komme nun auch die Sorge um die Versorgungssicherheit und der Schutz vor schwankenden Preisen.

Doch nicht nur die Energieversorgung, sondern auch die Verfügbarkeit von Vorprodukten ist nun Thema in den Chefetagen. „Plötzlich müssen wir uns fragen: Moment, ist denn alles

verfügbar – nicht nur technologisch, sondern auch bei den Rohstoffen? Haben wir genügend Kupfer? Haben wir genügend Aluminium? Haben wir genügend Nickel?“, zählt beispielsweise Bosch-Chef Stefan Hartung auf. In der neuen geopolitischen Konstellation lasse sich im Zweifel nicht mehr so einfach Ersatz beschaffen. Diese Fragen seien neu aufkommen und es sei wichtig, dass nun ein Bewusstsein dafür entstehe. Das sieht auch der amtierende Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), Holger Görg, so. Vielen Unternehmen sei mit der russischen Invasi-

on klar geworden, dass sie ihre Abhängigkeiten und Lieferketten überdenken müssten. Risiken streuen, Produktion ein Stück weit wieder nach Europa holen, mehr selbst produzieren – das lasse sich nicht in aller Munde. „Dieses Bewusstsein war vor drei Jahren noch nicht so ausgeprägt wie jetzt.“ Und das sei gut, weil man sich auf der Basis auch Strategien überlegen könne. Den Wegfall des Russland-Geschäfts haben die meisten Firmen ohne große Probleme weggesteckt. Dass sich mit Blick auf China angesichts des Säbelrasselns in Richtung Taiwan könnten, scheint aber für so manchen noch in weiter Ferne.

„Es gibt eine Diskrepanz zwischen dem, was man hört und was erzählt wird, und dem, was Unternehmen jetzt schon machen“, sagt Görg. In den Daten sei von einer Diversifizierung noch nicht viel zu sehen. Und die frisch angekündigten Milliarden-Investitionen großer Unternehmen wie BASF oder Bosch deuteten auch nicht auf einen Rückzug aus der Volksrepublik hin. Das könne daran liegen, dass strategische Entscheidungen angesichts der aktuellen Krisen aufgeschoben werden. „Es kann aber natürlich auch daran liegen, dass die Probleme für die Einzelunternehmen doch nicht so groß sind, wie man

annimmt.“ In der Politik sei hingegen bereits ein größeres Problembewusstsein entstanden, so Görg. Er gehe daher davon aus, dass sich bei dem Thema noch was tue. Skeptisch klingt auch DIW-Chef Fratzscher. Ein Konzern wie Volkswagen könne seinen Umsatzanteil in China nicht einfach binnen fünf Jahren von 40 auf 15 Prozent reduzieren. „Die Abhängigkeit ist so massiv, dass man lediglich Schadensbegrenzung machen kann und beten und hoffen kann, dass nichts schiefgeht.“ Viele Unternehmen hätten sich in der Hoffnung auf kurzfristige Gewinne erpressbar gemacht. „Und wenn das in die Hose geht, wird man sehr schnell mit dem Finger auf den deutschen Staat zeigen, so wie in den vergangenen Krisen auch.“ Digitalisierung, Elektrifizierung und Dekarbonisierung – all diese Themen kamen nicht erst mit dem Krieg auf. Dennoch habe die Transformation in der Arbeitswelt nun einen Schub erhalten, beobachtet der Arbeitsmarktforscher Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Allein, um die Energiewende umzusetzen, brauche es IAB-Berechnungen zufolge 400.000 zusätzliche Arbeitskräfte. Die rasante Entwicklung neuer Geschäftsfelder – etwa im Bereich Wasserstoff und bei der Dekarbonisierung – sei ein Sprung im Vergleich zur eher graduellen Entwicklung der 2010-er Jahre. Auch wenn viele Beschäftigte Herausforderungen entgegblickten, erwarte der Arbeitsmarktforscher unterm Strich mehr Beschäftigung: „Was unsere Studien zeigen: Es gibt einen Umbruch, es ändern sich Dinge, aber es gibt keinen Einbruch.“ Es entstünden auch nicht nur Billigjobs, sondern „wirklich gute Jobs“. Schon während der letzten Krisenjahre habe der Arbeitsmarkt die Wirtschaft getragen und sei nicht wie früher eingeknickt. Der Grund: Wegen des Arbeitskräftemangels werde in Krisenzeiten weniger entlassen – aus Angst, die Stelle später nicht mehr besetzen zu können. „Wenn der Arbeitsmarkt stabil bleibt, dann stützt das auch die Einkommen, dann stützt das auch die Konsumbereitschaft.“

Ein wackliges Alibi im Missbrauchs-Prozess

War der ehemalige Pfarrer von Freisen zum Zeitpunkt der mutmaßlichen Tat bei Freunden essen? Das konnte vor Gericht nicht geklärt werden.

VON FLORIAN RECH

SAARBRÜCKEN Im Prozess gegen den ehemaligen Pfarrer von Freisen, Otmar M., wegen des mutmaßlichen Missbrauchs eines 14 Jahre alten Messdieners haben am Mittwoch mehrere Zeugen zur Entlastung des Angeklagten ausgesagt.

Das mutmaßliche Opfer und Nebenkläger im Prozess ist ebenfalls katholischer Pfarrer. Die Saarbrücker Zeitung nennt ihn „Pfarrer Koch“ (Name geändert). Koch wirft Otmar M. vor, ihn als 14-jährigen Messdiener 1997 im Freisener Pfarrhaus sexuell genötigt zu haben. Dies soll rund um das Fest „Ewig Gebet“ in Namborn-Furschweiler geschehen sein. Ein seit langem mit dem ehemaligen Freisener Pfarrer befreundetes Ehepaar gab vor Gericht am Donnerstag an, Otmar M. habe den Abend, an dem die mutmaßliche Tat im Pfarrhaus geschehen sein soll, mit dem Paar in Furschweiler verbracht. Es sei in den 90er Jahren eine Tradition zwischen dem Ehepaar und Pfarrer M. gewesen, an „Ewig Gebet“ zusammen zu Abend zu essen. Träfe dies zu, hätte Otmar M. ein Alibi für den Abend der mutmaßlichen Tat.

Aber war Pfarrer M. jedes Jahr und vor allem 1997 an „Ewig Gebet“ bei dem befreundeten Ehepaar zu Gast? Das interessiert auch den Richter. „War das jedes Jahr so?“, fragt der Vorsitzende Richter Thomas Emanuel die Zeugin. „Meiner Erinnerung nach war das jedes Jahr“, erwidert diese. „Können Sie sich an jedes einzelne Jahr erinnern?“, hakt der Richter nach. „Nein, das kann ich nicht“, so die Zeugin. „War Pfarrer M. 1997 zu Ewig Gebet bei Ihnen?“, fragt der Richter weiter. „Falls er zu Ewig Gebet in der Messe war, dann ja“, so die Zeugin.

Christoph Lerg, der Anwalt von Pfarrer Otmar M., beantragte, Protokolle der Pfarrgemeinderatssitzungen

von 1995 bis 2000 als Beweise mit aufzunehmen. Er stellte vor Gericht fest, dass es laut diesen Protokollen Ende Oktober/Anfang November 1997 keine Sitzung des Pfarrgemeinderates gab. Pfarrer Koch hatte in seiner Zeugenaussage angegeben, er habe sich direkt nach dem mutmaßlichen Missbrauch durch M. Ende Oktober 1997 zunächst seiner Mutter und dann seinem Vater offenbart. Letzterer sei da gerade von einer „Pfarrgemeinderatssitzung oder Ähnlichem“ gekommen. Ebenfalls ausgesagt hat eine ehemalige Reinigungsfrau von Pfarrer M. Sie wurde unter anderem zu den Badezimmern im Freisener Pfarrhaus befragt. Ein Zeuge (Timo Ranzenberg), der Otmar M. ebenfalls sexuellen Missbrauch vorwirft, hatte im Prozess am Freitag ausgesagt, M. habe ihn 1999 überreden wollen, vor seinen Augen nackt in einem der Badezimmer zu baden.

Die Badewanne hatte der Zeuge als groß genug für zwei Personen, rund, weiß und mit einer einlegbaren Matte für Luftblasen (Whirlpool-Matte) beschrieben. Die Zeugin gab nun vor Gericht an, die Badewanne sei klein und „eine ganz normale Badewanne gewesen“. „Die Wanne war rosa!“, ist die Zeugin sicher. Allerdings war die Zeugin erst ab dem Jahr 2000 Reinigungskraft im Pfarrhaus, also ein Jahr nach dem mutmaßlichen Vorfall mit der Badewanne. Auch der Bruder von Otmar M. sagte am Donnerstag aus. Er schilderte die Beziehung zwischen dem mutmaßlichen Opfer Pfarrer Koch und dem Angeklagten Pfarrer M. als „sehr eng und freundschaftlich“.

Koch sei einer der engsten Freunde seines Bruders gewesen. Auch noch, als M. nach Missbrauchsvorwürfen 2015 beurlaubt wurde. Sowohl Koch als auch dessen Mutter hätten 2016 und 2017, „als die Kampagne schon am Laufen war“, ihm gegenüber noch gesagt, die Vorwürfe gegen seinen Bruder Pfarrer M. seien aus der Luft gegriffen. Der Prozess wird am Donnerstag fortgesetzt. Dann stehen die Plädoyers der Staatsanwaltschaft, der Nebenklage und der Verteidigung an.

Produktion dieser Seite: Heribert Waschbüsch